



Presseerklärung
15. September 1998

Flüchtlingsselend im Kosovo: Eindringlicher Appell von PRO ASYL Auch Ignoranz der deutschen Politik führt in eine humanitäre Katastrophe

Flüchtlingsselend im Kosovo

Misery of refugees in the Kosovo (en)

Bonn will über Land abschieben

Nach der Zurückweisung Tausender Kosovo-Flüchtlinge durch Montenegro und der Flucht Zehntausender überwiegend alter Menschen, Frauen und Kinder in die Wälder und Berge appelliert die Bundesweite Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge PRO ASYL eindringlich an die Bundesregierung und die Regierungen aller EU-Länder, endlich „ihre Tore zur Rettung von Menschenleben zu öffnen und Flüchtlinge aufzunehmen“.

Es müsse endlich eine EU-Sonderkonferenz der Innen- und Außenminister zur Aufnahme von Kosovo-Flüchtlingen einberufen werden. „Die europäischen Staaten verschließen die Augen vor dem Flüchtlingsselend im Kosovo“, erklärte der Sprecher von PRO ASYL, Heiko Kauffmann.

Während sich die Situation der Flüchtlinge von Tag zu Tag verschärfe und sich ihre Zahl inzwischen auf über 250.000 Menschen erhöht habe, fordere der Niedersächsische Innenminister Glogowski eine Rücknahme des von der Europäischen Union verhängten Landverbots für die jugoslawische Fluggesellschaft JAT. Andere Innenminister hätten

Dokument: [Herbert Leuninger Archiv 2021 - www.herbert-leuninger.net](http://www.herbert-leuninger.net)

@2021 Die Seiten über Herbert Leuninger wurden von www.gruenehelden.de im Auftrag von ProAsyl erstellt.



angesichts der sich anbahnenden humanitären Katastrophe im Kosovo nichts Besseres zu tun, als nach Alternativen einer Abschiebungsmöglichkeit auf dem Land zu suchen, sagte Kauffmann. „Die Ignoranz der deutschen Innen- und Außenpolitiker angesichts dieses Flüchtlings-elends ist eine Katastrophe für die humanitären Belange und völkerrechtlichen Verpflichtungen Deutschlands“, so Kauffmann. Bei der gewaltsamen Vertreibung und den Menschenrechtsverletzungen im Kosovo handele es sich eindeutig um staatliche Verfolgung. Die Flüchtlinge unterlägen der Genfer Flüchtlingskonvention und kein Staat dürfe Asylsuchende an seiner Grenze zurückweisen.

„Eine demokratische Gesellschaft darf nicht zulassen, dass heute die Gleichgültigkeit der sich für zivilisiert haltenden Staaten gegenüber den Opfern von Krieg, Verfolgung und Terror wieder ins Unermessliche steigt“, so Kauffmann abschließend.
